

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red. The dots are arranged in a pattern that roughly outlines the shape of the Czech Republic.

Eine Quote für die Aufnahme von Flüchtlingen?

Hintergründe zur ablehnenden Haltung Tschechiens

**LEONIE LIEMICH, THOMAS ÖLLERMANN
UND ANNE SEYFFERTH**
Oktober 2015

- Bislang ist die Tschechische Republik weder ein Zuwanderungs- noch ein Transitland. Die Anzahl der Asylanträge ist seit Jahren konstant sehr niedrig und auch der Anteil der in Tschechien lebenden Ausländer_innen ist sehr gering.
- Im Konzert mit den anderen Visegrádstaaten hat sich die Tschechische Republik von Beginn an ablehnend gegenüber einer Einführung von verbindlichen Quoten für die Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU ausgesprochen.
- Diese ablehnende Haltung geht quer durch alle Parteien und wird auch von der Bevölkerung getragen. Unterschiede gibt es allerdings in der Rhetorik.
- Während es in der Zivilgesellschaft auch Bewegungen gibt, die mehr Solidarität mit den Flüchtlingen fordern, schüren die meisten Medien Ängste und Vorurteile.
- Die Debatte über verbindliche Verteilungsquoten und der Mehrheitsentscheid der EU-Innenminister_innen vom 22. September 2015 belasten das deutsch-tschechische Verhältnis so stark wie schon lange nicht mehr.



Flüchtlinge und Ausländer_innen in der Tschechischen Republik: Aktuelle Situation

Das Thema Flüchtlinge ist für die Tschechische Republik ein neues Thema. Hieran hat auch die starke Flüchtlingsbewegung aus dem Nahen Osten und dem Westbalkan der letzten Monate nichts geändert. Nur sehr wenige Flüchtlinge haben bislang die Route über Bratislava oder Prag in Richtung Westen gewählt. Das Land ist weitestgehend unbekannt bei den Asylsuchenden, es bestehen keine wirtschaftlichen Beziehungen und keine Informationen über den aktuellen Lebensstandard in der Tschechischen Republik. Zudem ist die tschechische Sprache eine große Hürde. Die Zahl der Asylanträge pro Jahr bewegt sich seit 2004 auf einem niedrigen vierstelligen bzw. seit 2010 auf einem dreistelligen Niveau. Seit 1998 wurde bei den Asylerteilungen die Ziffer 300 nicht überschritten. Bis Ende Mai waren es vor allem Bürger_innen aus der Ukraine und Kuba, die um Aufnahme nachsuchten. Bei den Ukrainer_innen handelt es sich dabei um Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsgebieten bzw. um Angehörige der dortigen tschechischstämmigen Minderheit.

Die Zahl der Flüchtlinge bzw. Migrant_innen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung ist laut Angaben der zuständigen Ausländerpolizei bis Ende Mai 2015 deutlich gestiegen. Allein in den ersten fünf Monaten des Jahres seien so 2.500 Personen erfasst worden. In der Mehrheit stammten sie aus Syrien, Afghanistan, Pakistan oder Somalia. Die Bedingungen in den Asylzentren sind schlecht und so gab es zum Beispiel Aufstände im Abschiebezentrum Bělá pod Bezdězem, bei denen rund 100 Flüchtlinge aus Pakistan, Afghanistan und dem Irak versuchten, aus dem Lager auszubrechen. Häufig werden Flüchtlinge offensichtlich mit Handschellen abgeführt. Die Abschiebelager sind mit hohen Mauern und Stacheldraht befestigt. Die Zeitung *Lidové noviny* meldet, die Bedingungen in den Auffanglagern entsprächen jenen in einem Gefängnis. Zwar haben sich die Anträge auf Asyl in Tschechien im Vergleich zu 2014 bereits in den ersten fünf Monaten des Jahres nahezu verdoppelt, in absoluten Zahlen handelt es sich aber de facto lediglich um 332 Anträge.

Auch der Anteil der in der Tschechischen Republik lebenden Ausländer_innen ist relativ niedrig. Von den rund 450.000 gemeldeten Ausländer_innen sind knapp die Hälfte Ukrainer_innen und Slowak_innen. Die

nächstgrößere Gruppe sind vietnamesische Staatsbürger_innen. Auch die Zahl der Tschech_innen, die ins Ausland abwandern, ist sehr gering: Anders als vor der Samtenen Revolution 1989 ist die Tschechische Republik mittlerweile von allen ostmitteleuropäischen Ländern das Land mit der geringsten Abwanderung. Zwischen Januar und Juni 2015 verließen nur 18.000 Personen das Land, von denen die meisten ukrainischer Nationalität waren.

In der Tschechischen Republik gibt es von Seiten der Politik keine langfristige Konzeption hinsichtlich Migration und Zuwanderung. Entsprechend unvorbereitet reagierte die Regierung auf den möglichen Zustrom von Flüchtlingen bzw. Migrant_innen aus dem Nahen Osten und vom Westbalkan. In der von vielen Seiten hysterisch und populistisch geführten Debatte wurde die Aufnahme von Flüchtlingen entweder komplett abgelehnt oder ein eigener tschechischer Weg betont, ohne dass dieser allerdings in irgendeiner Form konkretisiert wurde.

Positionen in der Tschechischen Republik zur Aufnahme von Flüchtlingen

Tschechiens Position innerhalb der Visegrádgruppe

Den Vorschlag der EU-Kommission, verbindliche Quoten zu verabreden, lehnten die Mitgliedsländer der Visegrád-Gruppe, zu denen die Tschechische Republik gehört und deren Präsidentschaft sie routinemäßig im Juli 2015 übernommen hat, von Beginn an ab. Obwohl die Regierungen dieser sogenannten »V4«-Staaten parteipolitisch sonst nicht auf einer Linie liegen, demonstrierten Prag, Bratislava, Budapest und Warschau auch in den nachfolgenden Wochen und Monaten Geschlossenheit bei der Ablehnung einer verbindlichen Flüchtlingsquote für die EU-Mitgliedstaaten.

Schon im April, als sich die Staats- und Regierungschefs der EU zum ersten Mal über den Umgang mit Flüchtlingen in Brüssel auf einem Sondertreffen berieten (nachdem zuvor 800 Menschen bei der Überquerung des Mittelmeers ertrunken waren), zeichnete sich ab, dass die Verhandlungen mit den ostmitteleuropäischen Staaten schwierig werden könnten. Als auf dem EU-Gipfel Ende Juni grundsätzlich beschlossen wurde, dass eine gerechte Aufteilung von 60.000 Flüchtlingen auf alle EU-Staa-



ten erfolgen soll, lehnte Tschechien dies zusammen mit den anderen V4-Staaten und Großbritannien ab. Die EU setzte daher auf freiwillige Zusagen aller Mitglieder bis Ende Juli. Doch auch bei ihrem Treffen am 20. Juli gab es keine Einigung unter den EU-Innenminister_innen über die Frage, wie die Flüchtlinge innerhalb der EU aufzuteilen seien.

Mit der Öffnung der Grenzen in Deutschland Ende August/Anfang September wurden in der Tschechischen Republik die Stimmen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und die Flüchtlingspolitik Deutschlands lauter. Gleichzeitig war in Berlin und Brüssel der Vorwurf zu hören, die ostmitteleuropäischen Staaten verhielten sich mit ihrer ablehnenden Haltung unsolidarisch. Dieser Vorwurf wurde u. a. von der tschechischen Regierung brüskiert zurückgewiesen. Auf den zunehmenden Druck aus Brüssel, Berlin und Paris reagierten die vier Ministerpräsident_innen der Visegrádgruppe mit einem weiteren Treffen in Prag am 4. September, bekräftigten als Ergebnis erneut ihre ablehnende Haltung («verpflichtende Quoten sind inakzeptabel») und forderten, die Ursachen der Flüchtlingsbewegung zu bearbeiten.

Auf 1.500 bezifferte die tschechische Regierung damals die freiwillige Zahl von Flüchtlingen, die sie bereit wäre, in den kommenden zwei Jahren aufzunehmen. Bis zum Gipfel der EU-Innenminister_innen am 14. September 2015 verhärteten sich die Positionen: Es entstand der Eindruck, dass Prag sich umso mehr gegen eine Quote wehrte, je stärker aus Brüssel und Berlin darauf gedrängt wurde. Tschechien betonte aber die grundsätzliche Bereitschaft zur Hilfe, insbesondere zur Absicherung der europäischen Außengrenzen, aber auch zur finanziellen Unterstützung für die durch den Flüchtlingsstrom besonders betroffenen südeuropäischen Länder.

Die auf dem Treffen der EU-Innenminister_innen am 22. September beschlossene Quote mit einer in einem ersten Schritt verpflichtenden Aufnahme von 1591 Flüchtlingen wird in der Tschechischen Republik als Symbol der Bevormundung wahrgenommen. Noch kurz zuvor hatte ein Berater des sozialdemokratischen Premierministers betont, es sei eine europäische Lösung gewollt, aber nicht in Form verbindlicher Quoten.

Eines der Hauptziele für die einjährige Visegrád-Präsidentschaft Tschechiens ist der stärkere Zusammenhalt dieser regionalen Ländergruppierung. Damit verbun-

den ist die Hoffnung, sich in der Gruppe der mächtigen EU-Staaten mehr Gehör verschaffen zu können. Das Migrationsthema könnte so schon fast als willkommenen »Testfall« gesehen werden für dieses »nicht ohne uns«. Dass der Europäische Rat von der Möglichkeit eines Mehrheitsentscheids Gebrauch gemacht hat und Tschechien zusammen mit der Slowakei, Ungarn und Rumänien überstimmt wurde, ist aus Sicht Tschechiens undemokratisch und bestätigt es in seinem Gefühl, bevormundet zu werden und in der EU keine Stimme zu haben. Vielleicht wäre ohne die Debatte um eine Quote die tschechische Regierung bereit gewesen, höhere Zugeständnisse bezüglich der Anzahl der Flüchtlinge zu machen.

Standpunkte von politischen Entscheidungsträger_innen in der Tschechischen Republik

Die Zuteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU per Quote wird quer durch alle Parteien in der Tschechischen Republik von Beginn der Debatte an abgelehnt. Unterschiede zwischen, teilweise auch innerhalb der Parteien, gibt es jedoch in der Rhetorik.

So hatte Staatspräsident Miloš Zeman, ehemaliger Sozialdemokrat und Mitbegründer der Partei der Bürgerrechte (SPO), wieder einmal erfolgreich mediales Aufsehen erregt, als er in einem Zeitungsinterview im August dieses Jahres erklärte, niemand habe die Flüchtlinge nach Tschechien eingeladen, sie aufforderte, »gefälligst unsere Regeln« zu akzeptieren, und ihnen vorschlug: »Wenn es euch nicht gefällt, dann geht doch nach Hause«. Er fordert eine stärkere Bewachung der EU-Außengrenzen und die Verstärkung der Frontex-Mission. Die Flüchtlingskrise, so der Staatspräsident und auch viele andere Stimmen im Land, müsse vor Ort gelöst werden: bekämpft werden müsse der extremistische Islam. Dem stimmten auch die beiden Vorsitzenden der zwei Kammern des Parlaments, Jan Hamáček (Vorsitzender des Abgeordnetenhauses) und Milan Štěch (Vorsitzender des Senats), beide Mitglieder der sozialdemokratischen Partei ČSSD, zu. Gefordert wird eine »einheitliche, wirksame und effektive Politik«, damit die Flüchtlinge in ihrer Heimat verbleiben. Und wenn dies nicht funktioniere, dann bliebe als Lösung nur noch, »die Bewachung der tschechischen Grenze gründlich zu verstärken, etwa in Form von außerordentlichen Truppenübungen«.



Seit fast drei Jahren regiert die ČSSD zusammen mit der neuen Partei ANO (tschechisch für »Ja«, steht auch für »akce nespokojených občanů«, d. h. »Aktion unzufriedener Bürger«) und den Christdemokraten (KDU-CSL). Premier Bohuslav Sobotka verfolgt dabei einen proeuropäischen Kurs und weicht damit von den Vorgängerregierungen ab. Im Vergleich zu seinem Amtskollegen in Bratislava, aber auch zu seinem Innenminister und vor allem dem Staatspräsidenten stimmt er deutlich mildere Töne an, in der Sache allerdings äußerte er sich in den vergangenen Monaten konsequent gegen eine Aufteilung der Flüchtlinge nach Quoten: »Der Standpunkt meiner Regierung ist: Tschechien schließt sich dem Vorschlag zu einer Verteilung der Flüchtlinge nur an, wenn dies auf freiwilliger Basis geschieht. Bei verbindlichen Quoten kann Tschechien den Vorschlag der Europäischen Union nicht unterstützen«, so Sobotka bei einer Sondersitzung des tschechischen Parlaments im Juni.

Die Mehrheitsentscheidung der EU-Innenminister_innen nannte Bohuslav Sobotka »eine schlechte Entscheidung«, betonte aber, dass der Beschluss der EU für sein Land verbindlich sei, während sein Amtskollege in der Slowakei, Robert Fico, von einem »Diktat der Mehrheit« sprach und Klage beim Europäischen Gerichtshof ankündigte. Sobotka dagegen betonte, dass Europa »nicht zerfallen« dürfe. Staatspräsident Zeman bezeichnete Sobotkas Verhalten als »feige«. Die Entscheidung in Brüssel nennt Jan Hamáček (Vorsitzender des Abgeordnetenhauses) einen beispielelosen Eingriff in die Souveränität eines EU-Mitgliedstaates, räumte aber ein, denjenigen Flüchtlingen helfen zu wollen, die »freiwillig« in sein Land kämen. Innenminister Milan Chovanec, stellvertretender Vorsitzender der ČSSD, lehnte hingegen schon im Juni jegliche Diskussion über Flüchtlingszahlen per se ab. Sie seien »leere Gesten« und würden zu Streitigkeiten unter den Migrant_innen führen, die gegen ihren Willen in bestimmte Länder gebracht würden.

Populistischere Töne schlägt dagegen der Koalitionspartner ANO an. Dessen Vorsitzender Andrej Babiš, der gleichzeitig Vizepremier und Finanzminister ist, forderte im August den Einsatz der NATO, um die EU vor Flüchtlingen zu schützen. Unmittelbar vor dem entscheidenden Treffen der EU-Innenminister_innen im September drohte der Chef des dritten Koalitionspartners KDU-CSL, Pavel Bělobrádek, ebenfalls Vizepremier, mit einer Klage gegen die EU für den Fall, dass die EU verpflichtende Flüchtlingsquoten beschleibe.

Der ehemalige Ministerpräsident und ehemalige Staatspräsident Václav Klaus begann Anfang September eine Unterschriftenkampagne, in der er die tschechische Regierung aufforderte, die innere Sicherheit und die Unantastbarkeit der Staatsgrenzen zu sichern. »Alle Mittel« seien erlaubt, einschließlich Armee und Polizei. Eine »Massenimmigration«, heißt es in der im Internet veröffentlichten Petition, stelle eine grundsätzliche Gefährdung der Stabilität Europas sowie einzelner Mitgliedstaaten dar. »Alibhaft und zögerlich hinsichtlich der gefährlichen Entwicklung in Europa« verhalte sich die tschechische Regierung. »Wenn Europa Selbstmord begehen will, indem es eine unbegrenzte Zahl von Einwanderern aufnimmt, soll es das tun. Aber ohne unsere Zustimmung«.

Während Regierungsvertreter_innen diese Petition als populistisch (Innenminister Milan Chovanec) zurückwiesen, fand sie bei Klaus' Amtsnachfolger Zeman grundsätzlich Unterstützung: Die »künstliche Mischung von Nationen, Kulturen und verschiedenen Religionen« berge »Risiken und Bedrohungen«, wobei Zeman insbesondere muslimische Einwanderer_innen meinte, unter denen er Terrorist_innen vermutet. Nach der Entscheidung auf dem Brüsseler Gipfel sprach Petr Fiala, Vorsitzender der ODS (Demokratische Bürgerpartei), von einer »Politik der Erpressung«.

Zwei relativ neue Parteien, die aus einer Spaltung der kleinsten Parlamentsfraktion, der der Morgenröte (*Úsvit*), hervorgegangen sind, machen mit noch drastischeren Tönen gegen Flüchtlinge mobil. Ihr Gründer und Ex-Präsidentschaftskandidat, der tschechisch-japanische Unternehmer und Parlamentsabgeordnete Tomio Okamura, gründete die Bewegung für Freiheit und direkte Demokratie (*Svoboda a přímá demokracie*, SPD) und macht die Einwanderer_innen für eine angeblich gestiegene Zahl von Vergewaltigungen verantwortlich. Diese rechtspopulistischen Strömungen und Parteien haben zwar bei den letzten Wahlen nur wenig Zustimmung erhalten, aber mit großer medialer Aufmerksamkeit in den letzten Wochen immer wieder Demonstrationen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen organisiert und bewiesen, dass sie sind in der Lage sind, zu mobilisieren.

Mitunter das größte Mobilisierungspotenzial hatte die durch den Universitätsdozenten Martin Konvička gegründete Initiative *Islam v ČR nechceme* (Wir wollen keinen Islam in der Tschechischen Republik), die in Zu-



sammenarbeit mit anderen rechten und populistischen Kräften im Verlauf des Jahres 2015 an verschiedenen Orten Kundgebungen und Demonstrationen durchführte.

Die rechtsradikale Arbeiterpartei DSSS (Arbeiterpartei für soziale Gerechtigkeit) nutzte ebenso die Flüchtlingskrise, um sich öffentlich zu positionieren. Mehrere Dutzend Rechtsextreme und Sympathisant_innen demonstrierten beispielsweise im August und September auf öffentlichen Plätzen im Prager Stadtzentrum. Im Vergleich zu anderen Demonstrationen erzielten sie aber weitaus weniger Aufmerksamkeit in den Medien und in der Bevölkerung. Während die Arbeiterpartei auch in Zukunft bei Wahlen keine größere Rolle spielen und allenfalls kommunale Mandate erringen dürfte, werden der Initiative Konvičkas, die sich nun unter der Bezeichnung *Blok proti islámu* (Block gegen den Islam) als Wahlbündnis konstituiert, bei den voraussichtlich im Oktober 2016 stattfindenden Kreiswahlen durchaus Erfolgsaussichten zugeschrieben. Diese Wahlen, die sich bislang durch eine geringe Wahlbeteiligung auszeichneten, können somit zu einem Indikator werden, inwiefern und wie weit diese Rhetorik in der Gesellschaft verfangt.

Vereinzelt kommt es zur Kritik am Umgang mit den Flüchtlingen: So kritisierten Mitte September sowohl Mitglieder des Menschenrechtsausschusses als auch Justizminister Robert Pelikán (parteilos, im Amt für die Partei ANO) die Art und Weise, wie Flüchtlinge in den Lagern behandelt werden. Der (sozialdemokratische) Minister für Menschenrechte und Gleichstellung, Jiří Dienstbier, sagte bei einer Pressekonferenz Mitte September, dass zwischen 7.000 bis 15.000 Flüchtlinge zu bewältigen seien. Mit dieser Zahl bezog sich Dienstbier auf das Angebot des Verbandes für Wirtschaft und Verkehr (*Svaz průmyslu a dopravy*), der zuvor angeboten hatte, für 5.000 qualifizierte Flüchtlinge Arbeitsplätze in der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Diese Äußerung seines Partei- und Kabinettkollegen nannte Innenminister Chovanec eine »Privatinitiative« und schlug zugleich vor, dass Dienstbier diese Flüchtlinge in seiner Wohnung aufnehmen könne. Desweiteren wurde Dienstbier vorgeworfen, dass er sich als Minister für Menschenrechte und Gleichstellung viel zu spät in die Flüchtlingsdebatte eingebracht habe. Er plädiert bereits seit einiger Zeit für mehr Solidarität für Flüchtlinge in der tschechischen Bevölkerung und besuchte im September ein Flüchtlingslager in Vyšní Lhotá.

Standpunkte der Zivilgesellschaft

Nah liegt die Vermutung, dass die tschechische Regierung mit ihrer ablehnenden Flüchtlingspolitik das Interesse der Wähler_innen wiedergibt: Bei einer Umfrage Anfang September sprachen sich lediglich 9 Prozent der Bevölkerung für die Aufnahme einer größeren Anzahl von Flüchtlingen aus, 17 Prozent lehnten die Aufnahme gänzlich ab – ein Spitzenwert in der EU. So hat die bereits erwähnte Bewegung »Block gegen den Islam« unter Martin Konvička in diesem Jahr landesweit zu Demonstrationen aufgerufen und für ihre »Anti-Islam-Petition« über 150.000 Unterschriften sammeln können. Angst vor dem Fremden, Angst vor einer »Islamisierung« (die in den Medien oft mit Terror gleichgesetzt wird), eine homogene Gesellschaft und somit fehlende Erfahrungen im Umgang mit Menschen aus anderen Kulturkreisen werden als Ursachen für die ablehnende Einstellung des Großteils der Bevölkerung genannt.

Der Politologe Vladimír Handl sieht darüber hinaus einen weiteren Grund für die Haltung Tschechiens: Es fehle in seinem Land ein Meinungsführer, ein Mann wie Václav Havel: »Die Politik rennt dann den Meinungsumfragen und der Meinungsbildung der Gesellschaft hinterher und hat keine Kraft und kein eigenes Potenzial, um die Dinge anders zu formulieren«, äußerte er in einem Interview mit Radio Prag. Die Krise, so befürchtet Handl weiter, bewiese, »dass die ostmitteleuropäischen Länder nicht richtig verstanden haben, was es heißt, Mitglied der Europäischen Union zu sein. Die gemeinsamen Werte und auch die Prinzipien des gemeinsamen politischen Raumes sind von den Ländern Ostmitteleuropas nicht vollkommen verinnerlicht worden.«

Auch wenn ein Großteil der Bevölkerung die politische Elite in ihrer ablehnenden Haltung unterstützt, gibt es auch Gruppen, die sich gegen die Politik der Regierung stellen. Mehrere NGOs und Vereine versuchen mit Gegendemonstrationen der negativen Stimmung in der Bevölkerung entgegenzutreten und für mehr Solidarität und Aufklärung zu werben. Seit Anfang September haben sich über verschiedene Netzwerke freiwillige Helfer_innen zusammengeschlossen, die Flüchtlinge beispielsweise am Prager Bahnhof bei Ankunft und Weiterreise unterstützen. Darüber hinaus wurden in den großen tschechischen Städten Kleider- und Sachspenden für Flüchtlinge in Ungarn organisiert.



Im Juli hatte ein Aufruf von Wissenschaftler_innen und Prominenten gegen Fremdenfeindlichkeit eine heftige Debatte ausgelöst. Präsident Zeman warf den Initiator_innen in Person seines Sprechers vor, den Graben zwischen den Eliten und der Gesellschaft zu vertiefen. Ein weiterer Appell (»Liebes Europa, wir melden uns zu Wort, 3.126 Staatsbürger der Tschechischen Republik. Wir haben dir etwas mitzuteilen«), initiiert von Vertreter_innen aus verschiedenen Bereichen der Zivilgesellschaft, erklärt, dass viele Tschech_innen Flüchtlingen in Not helfen würden und dass sie »Europäer« seien, die »enttäuscht sind von der lahmen Einstellung unserer Regierung« und »beschämt über das Verhalten der tschechischen Behörden gegenüber den geflüchteten Menschen«. Die tschechische Regierung fordern sie auf, aufzuhören »Angst zu haben« und »diese Menschen nicht wie Verbrecher« zu behandeln. Diesen Appell unterstützten innerhalb weniger Tage rund 10.000 Menschen. »Mit diesem Appell machen wir das, was eigentlich die Politiker tun sollten: Die Emotionen und Hysterie besänftigen, die hier um die Flüchtlingsfrage aufgekommen sind«, erläuterte einer der Initiator_innen.

Die Flüchtlingsdebatte in den Medien

Auch die Medienberichterstattung gießt Öl ins Feuer, statt sachlich über die Flüchtlingsursachen zu informieren. So titelte die Tageszeitung *Lidové noviny* am 23. September, am Tag nach der entscheidenden Sitzung in Brüssel, »Tschechische Niederlage in Brüssel« und »Mladá Fronta Dnes« wartete mit der Schlagzeile »Diktat der EU verabschiedet« auf.

Als Deutschland Mitte September teilweise wieder Grenzkontrollen einführte, kritisierten Medien die mangelnde Führungsverantwortung der deutschen Bundeskanzlerin und sahen darin einen taktischen Schritt, um Druck auf die Staaten auszuüben, die sich gegen die EU-Quoten gewehrt hatten.

Insgesamt wird das Thema in allen Print- und Online-medien sowie im Fernsehen aktiv verfolgt, allerdings ist in fast allen Medien eine ausgesprochen populistische Berichterstattung wahrzunehmen. Nur wenige Medien bemühen sich um einen neutralen und ethischen Journalismus. Der menschliche Aspekt und die aktuelle Situation der Flüchtlinge in ihren Herkunftsländern werden nur wenig in den Fokus gerückt. In den

sozialen Medien wie Facebook und Twitter erfolgt ein unzensurierter Schlagabtausch von latent und offen rassistischen Äußerungen.

Ausblick

Betont wird immer wieder, dass es kaum Flüchtlinge gebe, die in der Tschechischen Republik Zuflucht suchten. Alle, die man hier aufnehmen, hätten sowieso nur ein Ziel: Deutschland. Und selbst wenn das nicht von der Hand gewiesen werden kann, müssen sich Politiker_innen und die tschechische Gesellschaft auf eine neue Herausforderung vorbereiten. Obwohl sich Tschechien grundsätzlich stark an Deutschland und den dort geführten Debatten orientiert und inspirieren lässt, werden in diesem Zusammenhang – auch abseits des Solidargedankens – weder von Politiker_innen noch von Wissenschaftler_innen die Chancen von Zuwanderung reflektiert. Dies lässt sich unter anderem damit erklären, dass in Tschechien die Folgen des demographischen Wandels für das soziale Sicherungssystem und den Arbeitsmarkt im Allgemeinen nur wenig Beachtung erhalten. Eine offizielle Studie prognostiziert, dass die tschechische Bevölkerung von 10,5 Millionen Einwohner_innen im Jahr 2015 auf etwa 7,7 Millionen Einwohner_innen im Jahre 2100 schrumpfen wird, d. h. erwartet wird ein Bevölkerungsrückgang von etwa 30 Prozent bis zum Ende dieses Jahrhunderts. In diesem Zusammenhang muss sich die Tschechische Republik auf eine zunehmende Alterung der Bevölkerung einstellen, auf die das tschechische Sozialsystem bis jetzt noch wenig vorbereitet ist. Aber auch in Tschechien könnte eine gesteuerte Zuwanderung von Migranten_innen dazu beitragen, dass sich etwa der absehbare Mangel an Pflegepersonal in den nächsten Jahren weniger drastisch entwickelt. Auch bei einigen Ausbildungsberufen wie beispielsweise Kaminfeger_innen, Schweißer_innen oder Dachdecker_innen zeichnet sich bereits jetzt ein Mangel an Auszubildenden ab. Laut Aussage des Präsidenten der tschechischen Wirtschaftskammer, Vladimír Dlouhý, könnten Einwanderer_innen helfen, diesen Mangel zu beheben. Um die Attraktivität des Landes für Flüchtlinge zu erhöhen, müsste zuallererst auf politischer Ebene ein Umdenken stattfinden, damit die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in die tschechische Gesellschaft begrüßt wird. Danach müssten spezielle Regierungsprogramme initiiert werden, die – mit Hilfe von NGOs und verschiedenen Ämtern – einen Einstieg in die



tschechische Gesellschaft ermöglichen. Hierfür ist eine gut strukturierte Integrationspolitik notwendig, die es aufgrund der fehlenden Migrant_innen noch nicht gibt. Tschechien könnte dabei von den Integrationserfahrungen Deutschlands, Schwedens oder Großbritanniens lernen.

Die Debatte über die europäische Flüchtlingspolitik hat nicht zuletzt das deutsch-tschechische Verhältnis vor neue Herausforderungen gestellt und die Beziehungen so stark belastet wie lange nicht mehr. Die Bundeskanzlerin wird als Verursacherin des enormen Zuwanderungs-

drucks ab August/September 2015 gesehen. Deutschland, der mit Abstand wichtigste Wirtschaftspartner der Tschechischen Republik, wird als die treibende Kraft in der Debatte über Pflichtquoten gesehen. Dass hochrangige deutsche Politiker_innen Tschechien in der Krise als unsolidarisch betitelten, verletzte nicht nur die politische Elite im Nachbarland. Auch wenn in vertraulichen Gesprächen eingeräumt wird, dass man nachvollziehen könne, wenn Deutschland die Aufnahme von mehr Flüchtlingen anmahnt, will man in Tschechien nicht als »unsolidarisch« betitelt werden. Genauso wenig möchte man von der Europäischen Union dirigiert werden.



Über die Autor_innen

Leonie Liemich ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag.

Dr. Thomas Öllermann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag.

Anne Seyfferth ist Leiterin der Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag und Bratislava.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: +49-30-269-35-7726 | Fax: +49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN
978-3-95861-305-8